

THEMA DER AUSGABE:**DIE "ALBANISCHE FRAGE"
AUF DEM BALKAN**

Die Geschichte des Balkan ist seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches davon geprägt, dass einzelne Völker im Zuge ihres nationalen Erwachens danach streben, alle Angehörige ihrer Ethnie in einem einzigen, arrondierten, möglichst „reinen“ Nationalstaat zu vereinigen. Milosevic's Maxime, „überall, wo Serben leben, ist Serbien,“ wurde, unter willkürlichem Rückgriff auf vermeintliche „historische Rechte“, von fast allen Völkern des Balkan, natürlich auf ihr Volk bezogen, geteilt. Dass dieses Prinzip angesichts der ethnischen Durchmischung in der Region zu permanenten, sich wechselseitig ausschließenden Konkurrenzansprüchen und Rivalitäten führt und vom Prinzip her einerseits zur Homogenisierung des Mehrheitsvolkes, andererseits zur Assimilierung oder Ausgrenzung ethnischer Minderheiten tendiert, wurde und wird angesichts der Fixierung auf das Nationale geflissentlich übersehen.

Die, im Vergleich zu Westeuropa, verspätete Nationalstaatsbildung auf dem Balkan ist bis heute nicht abgeschlossen. Eine Konsolidierung der jungen Staatsgebilde, mithin eine Konsolidierung der Grenzen, hat bisher noch nicht stattgefunden. Vieles bleibt im Fluss, wie die ungewisse Zukunft Bosnien und Herzegowinas, Montenegros und des Kosovo demonstriert. Seit dem Berliner Kongress von 1878 ist jedoch insofern eine Klärung erfolgt, als dass manche Völker der Region beim Versuch, ihren Großmachtanspruch gewaltsam durchzusetzen, bereits schwere Niederlagen hinnehmen mussten: die Bulgaren im Zweiten Balkankrieg und im Ersten und Zweiten Weltkrieg, was alle Träume insbesondere einer Einverleibung Mazedoniens zunichte machte; die Kroaten durch die Zer-

schlagung des Ustascha-Staates im Zweiten Weltkrieg; die Serben, die erst im Kosovo-Krieg die Grenzen ihrer Möglichkeiten aufgezeigt bekamen. Andere Völker, wie die slawischen Mazedonier, die durchaus auch - wenn man etwa durch das Nationalmuseum in Skopje geht - ausgreifende Ansprüche auf das westliche Bulgarien und Nordgriechenland hegen, besaßen realpolitisch und militärisch bisher nie die Option, ihre weiterreichenden, historisch abgeleiteten Ansprüche zu verwirklichen.

Auch wenn diese pan-ethnischen Aspirationen vorerst gebremst sind, so hat doch kaum ein Politiker in der Region diese Ansprüche explizit widerrufen. Im Gegenteil: Unter Franjo Tudjman erlebte der pan-kroatische Traum eine begrenzte Wiederbelebung, insbesondere bezogen auf die Herzegowina. Die serbischen Aspirationen, wie sie etwa das berühmte Memorandum der Akademie der Wissenschaften 1986 in Kontinuität der „Nacertanije“ von Innenminister Garasanin im 19. Jahrhundert vertrat, sind vorerst verstummt; ob sie dauerhaft verschwinden, wird sich erst noch erweisen. Eine „Katharsis“, wie sie der kroatische Präsident Mesic für das Serbien nach Milosevic fordert, hat in diesem Sinne noch kaum auf dem Balkan stattgefunden. Dies würde eine gründliche und erstmals kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Geschichtsbild voraussetzen.

Die Negation der einen Vereinigungs-idee hat bisher stets das Aufkommen einer anderen begünstigt. Der machtpolitische Abstieg einer Nation ermöglichte den Aufstieg einer anderen. Das Machtvakuum, das entstand, wurde sofort von anderen zu füllen gesucht.

Im Prinzip ist mit dem Ende des Kosovokrieges eine solche Zäsur erneut eingetreten. Der serbische Anspruch ist gestutzt; der albanische ist potentiell im Entstehen. Die faktische Beendigung des serbischen Herrschaftsanspruches im Kosovo, verbunden mit dem scheinbar unaufhaltsamen Trend in Richtung kosovo-albanischer Unabhängigkeit, hat den Albanern der Region neues Selbstbewusstsein eingeflößt. Die Entwicklung in Mazedonien hat zwar nicht alle Aspirationen erfüllt, die manche Albaner hegen; doch auch hier hat man in kluger Selbstbeschränkung erreicht, was noch vor Monaten kaum vorstellbar schien. Wenig verwunderlich, dass dieser Vektor der Entwicklung weitergehende Wünsche weckt.

Die ‚albanische Frage‘ ist seit dem Kosovokrieg in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung in der Region gerückt. Frieden und Stabilität auf dem Balkan werden sich in den kommenden Jahren an dieser Frage entscheiden. Wenn es nicht gelingt, eine für die Albaner wie für die internationale Gemein-

INHALT

- Paskal Milo:**
Albanien auf dem Weg in die EU
- Karl Lamers:**
Die NATO in Mazedonien
- Dimitrios Triantaphyllou:**
Kosovo vor den Wahlen
- Klaus Schrammeyer:**
Mazedonien nach dem Ochrider Vertrag
- Rafael Biermann:**
Second Stability Pact
Summer School
Tagung des Netzwerks für Europastudien in Tirana

schaft und die Nachbarn hinnehmbare Antwort zu finden, sind weitere schwere Konflikte mit großem Eskalationspotenzial vorprogrammiert. Die Frage einfach auszusitzen - eine Devise, die gegenwärtig zu dominieren scheint - wird lediglich die radikalen Kräfte unter den Albanern stärken, wie die Kosovo-Entwicklung 1989 bis 1998 zeigt.

Dabei unterscheidet sich die ‚albanische Frage‘ in manchem von dem, was für die Nachbarn gilt. Erstens können die Albaner auf keine eigenstaatliche Existenz, auf kein Großreich im Mittelalter zurückblicken und daraus historische „Rechte“ ableiten, wie dies Serben, Kroaten oder Bulgaren können, lediglich auf ihren Nationalheld Skanderbeg, der für 25 Jahre den Türken im 15. Jahrhundert tapfer Paroli bot. Die emotionale Überhöhung und politische Instrumentalisierung der Vergangenheit zu aktuellen Zwecken, wie sie auf dem Balkan so verbreitet ist, findet sich bei den Albanern nur begrenzt, auch wenn die Erinnerung an das Großalbanien unter Mussolinis Gnaden, wie es kurzzeitig im Zweiten Weltkrieg entstand, noch immer wachgehalten wird. Dies schafft Raum für Kompromisse.

Zweitens erfolgte das nationale Erwachen der Albaner später als das der Nachbarn, da sich die islamisierten Albaner im Osmanischen Reich durchaus heimisch fühlten und erst, als dessen unabänderlicher Zerfall absehbar war, in den Petitionen der Liga von Prizren an den Berliner Kongress 1878 erstmals eine Eigenstaatlichkeit verlangten, um nicht unter das serbische Joch zu geraten. Seit der serbischen „Befreiung“ des Kosovo 1913, verbunden mit unvorstellbaren Gräueltaten, hat der albanische Partisanenkampf gegen die serbische Herrschaft nicht aufgehört. Die Einverleibung in das Erste und das Zweite Jugoslawien wurde bekämpft. Noch im Zweiten Weltkrieg verabschiedeten Titos albanische Weggefährten in Bujan eine Resolution, in der sie eine Vereinigung des Kosovo mit Albanien forderten - was Tito nach dem Krieg einfach übergab. Seitdem sind die Stimmen, die eine solche Vereinigung wünschen, immer wieder zu hören, auch wenn aus guten Gründen offizielle Statements solche Aspirationen dementieren.

Drittens wurde die ‚albanische Frage‘ von den europäischen Großmächten zunächst auf dem Berliner Kongress schlichtweg negiert, um sie schließlich 1913 auf der Londoner Konferenz in einer Weise zu „lösen“, die zwar die Großmachtinteressen auf dem Balkan optimal austarierte, jedoch der ‚albanischen Frage‘ neue Sprengkraft verlieh: die Gründung des ersten albanischen Staates unter dem Prinzen zu Wied (sic) beließ die Hälfte

aller Albaner außerhalb dieses neuen Staates - unter serbischer Herrschaft im Kosovo, im Presevo-Tal und im heutigen westlichen Mazedonien, unter montenegrinischer Herrschaft um Ulcinj. Damit war die ‚albanische Frage‘ nicht gelöst, sondern nur inhaltlich verschoben. Es musste nun erwartet werden, dass sich die Frage einer Vereinigung der albanischsprachigen Gebiete in Jugoslawien, ungewöhnlich kompakt aneinander grenzend, mit Albanien in aller Schärfe stellen würde - wenn sich denn eines Tages die realpolitischen Möglichkeiten einer Verwirklichung bieten. Dies zeichnet sich erst heute, fast ein Jahrhundert später, ab. Eine Verantwortung für diese Entwicklung tragen nicht zuletzt die europäischen Großmächte selbst.

Dieses zurückliegende Jahrhundert hat jedoch tiefe Spuren unter den Albanern hinterlassen. Das Leben in unterschiedlichen Staaten hat die ohnehin vorhandene Kluft zwischen den Albanern aus den traditionell rauerer, stärker islamisch geprägten Bergstämmen des Nordens („Gegen“) und den stärker europäisch ausgerichteten, nach Italien orientierten Albanern in Mittel- und Südalbanien („Tosken“) weiter vertieft. Die Grenze zwischen Enver Hoxhas Albanien und Titos Jugoslawien war bis in die 1970er Jahre hinein völlig geschlossen. Die völlige Isolation Albaniens im Vergleich zur beachtlichen Öffnung Jugoslawiens gegenüber dem Westen (Gastarbeiter) hat unterschiedliche Erfahrungswelten geschaffen. Albanische Politiker können von daher ohne größere innenpolitische Widerstände eine ‚grobalbanische Option‘ heute von sich weisen - auch wenn gerade im nördlichen, rückständigeren Albanien, von Berisha geprägt, die Affinität zum Kosovo größer ist. Je besser es gelingt, Albanien an Europa heranzuführen, die beginnende Modernisierung des Landes voranzutreiben und die gemäßigten Kräfte durch die Perspektive einer Mitgliedschaft an die euro-atlantischen Institutionen an Europa zu binden, desto weniger attraktiv wird die Option der Propagierung eines solchen ‚Grobalbanien‘ sein.

Stärker ausgeprägt allerdings ist das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Albanern, die seit 1918 ununterbrochen gemeinsam im Staat Jugoslawien zusammenlebten. Sie verband das Bewusstsein, in einem Staat zu leben, in dem sie Bürger zweiter Klasse waren, ungeliebte „Shiptaren“, die ihren christlichen Glauben unter den Osmanen schmachlich aufgegeben hatten, die als wenig arbeitsam, ungebildet und mafiös galten. Als Minderheit mit einem eigenen Mutterland wurden sie argwöhnisch des Irredentismus verdächtig und waren ständiger Willkür

und Pressuren ausgesetzt. Ihre noch immer hohe Kinderzahl - nicht ein Produkt kühler politischer Strategie sondern eine Folge verspäteter Modernisierung - drohte beständig die ohnehin prekären Mehrheitsverhältnisse weiter zugunsten der Albaner zu verschieben. Wer aus Skopje, Ohrid oder auch Podgorica an einer albanischen Universität studieren wollte, ging ab 1969/70 nach Prishtina. Eine intellektuelle und politische albanische Elite entstand, die bis heute in engem Kontakt miteinander steht. Der Ruf nach einer eigenen „Republik Kosova“ in Jugoslawien war seit 1981 Ausdruck dieser Gemeinsamkeit. Der Ausnahmezustand im Kosovo ab 1989 und das Parallelsystem Rugovas schweißte die Volksgemeinschaft noch weiter zusammen. Die Ghettoisierung - auch in Mazedonien - war eine wohl zwingende Folge. Von daher musste es zu engen Wechselwirkungen zwischen den Krisenherden im Kosovo und in Mazedonien kommen.

Liegt demzufolge eine ‚kleinalbanische Lösung‘ mit den albanischen Siedlungsgebieten in Montenegro, im Kosovo und in Mazedonien näher als eine ‚grobalbanische‘, so wäre es doch völlig verfehlt, in reiner Abwehrhaltung der Dinge zu harren, die da kommen. Eine offensive Propagierung solcher Optionen wird nur dann erfolgen, wenn sich zum einen realistische Realisierungschancen eröffnen - was gegenwärtig (noch) nicht der Fall ist - oder wenn zum anderen sich unter den Albanern der Eindruck verfestigt, die internationale Gemeinschaft und die Nachbarn erschöpfen sich in einer bloßen Negation der Ansprüche der Albaner, die, wie etwa in Mazedonien, durchaus begründet, doch über lange Zeit kaum beachtet wurden.

Der Zukunft des Kosovo kommt dabei die Schlüsselstellung zu. Bleibt die Statusfrage allzu lange im Schwebestand, werden radikale albanische Kräfte an den Rändern Auftrieb gewinnen. Gelingt es jedoch, diese Frage im Einvernehmen zwischen Albanern und Serben zu klären, etwa mittels eines streng konditionierten Stufenplans, kann es gelingen, die ‚albanische Frage‘ auf Dauer zu entschärfen. Ein internationales Oktroit, auch im Sinne einer neuen Balkankonferenz über die ‚albanische Frage‘ nach dem Vorbild von 1878, wie es manche serbische Politiker fordern, dürfte sich dabei als kontraproduktiv erweisen. Jede Lösung muss von den Menschen der Region mitgetragen werden, muss diese neu zusammenführen und nicht neuen Revisionismus wecken, sonst wird sie sich als kaum tragfähig erweisen.

Der *SOE-Monitor* druckt an dieser Stelle Beiträge von Außen- und Europaministern und anderen hochrangigen Politikern ab, die exklusiv für den *SOE-Monitor* geschrieben sind. Wir setzen die Serie heute mit einem **Beitrag des neuen albanischen Staatsministers für Europäische Integration und bisherigen Außenministers**, Professor Dr. Pascal Milo, fort.

Albanien auf dem Weg in die EU

Wir drucken heute an dieser Stelle eine gekürzte Fassung der Rede ab, die Prof. Milo am 20. Oktober 2001 auf einer Konferenz des „Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa“ gehalten hat. Die Konferenz wurde gemeinsam vom ZEI und von der Universität Tirana organisiert. Sie fand an einem kritischen Scheidepunkt für die euro-atlantische Zukunft des Landes statt: Nach zahlreichen Verzögerungen wird die Europäische Kommission voraussichtlich Anfang nächsten Jahres mit Albanien Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen aufnehmen. Albanien wird mit diesem Abkommen - ebenso wie bisher schon Mazedonien und Kroatien - „potentieller Kandidat“ und assoziiertes Mitglied der Europäischen Union.

Albanien war vom demokratischen Europa über mehr als ein halbes Jahrhundert

abgeschnitten. Den Albanern wurde die scharfe Ablehnung westlicher Werte und ihrer Institutionen aufgezwungen. Als die Blockkonfrontation schließlich mit dem großen Zusammenbruch des sowjetischen sozialistischen Systems zusammenbrach, gewann in den Ländern des östlichen Europa, inklusive Albanien, sofort mit großer Begeisterung der Wunsch Verbreitung, einen Prozess der Annäherung an die Europäische Union zu beginnen. Vor zehn Jahren wusste noch kaum jemand, dass der Weg der Integration in die EU lang, schwer und voller Verantwortlichkeiten ist. Aber noch immer, auch nach zehn Jahren, wünscht sich eine Mehrheit der Bürger die Mitgliedschaft in der Union. Die albanische Politik hat immer wieder die schnelle Integration Albaniens um interner, zumeist wählerwirksamer Motive willen propagiert und damit der Beitrittsperspektive einen nai-

ven und illusionären Charakter gegeben. Die Leute dürfen jedoch weder in solch wichtigen Angelegenheiten manipuliert noch mit leeren Versprechen gespeist werden. Sie sollten die volle Wahrheit über die große Verantwortung gesagt bekommen, die wir alle tragen: die Regierung, die Politiker der Mehrheit wie der Opposition und auch die albanischen Bürger selbst.

Die EU-Erweiterung ist eine große Aufgabe und eine historische Herausforderung. Es ist nicht leicht, solche Herausforderungen anzunehmen. Aber das demokratische Europa war bereit, sich dieser historischen Herausforderung zu stellen, bereits unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer. Dieser Moment war 1963 von Robert Schuman vorausgesehen worden, als er sagte: „Wir müssen das Vereinigte Europa bauen, nicht nur im Interesse der freien Völker. Wir müssen auch fähig sein, die Völker des östlichen Europa in diese Gemeinschaft aufzunehmen, wenn sie, von den Fesseln der Gegenwart befreit, uns beitreten wollen und um unsere moralische Hilfe anfragen. Wir schulden ihnen das Beispiel eines vereinten und brüderlichen Europa. Jeder Schritt in diese Richtung öffnet neue Möglichkeiten für sie. Sie brauchen unsere Hilfe in den Transformationen, denen sie sich stellen. Es ist unsere Pflicht, darauf vorbereitet zu sein.“

Die EU-Erweiterung ist heute ein unumkehrbarer Prozess. Für Albanien ist sie eine enorme Herausforderung, nicht nur für die albanische Regierung, sondern für die gesamte politische Klasse, für alle staatlichen Institutionen und für die Zivilgesellschaft. Albaniens Zukunft ist mit der Integration in die große europäische Familie untrennbar verbunden, und diese Zukunft sollte gemeinsam gebaut werden, mit Hingabe und Verantwortung. Die albanische Regierung ist sich der Bedeutung und Reichweite der Integrationsaufgabe bewusst. Im Regierungsprogramm ist dieser Prozess als einer der höchsten Prioritäten der Außenpolitik des Landes festgelegt. Die neue Regierung hat eine Reorganisation aller Strukturen, die mit der Vorbereitung der Verhandlungen über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) und mit der anschließenden Implementierung des Abkommens



befasst sind, eingeleitet. An der Spitze der institutionellen Pyramide steht das Interministerielle Komitee für Europäische Integration, vom Premierminister geleitet. Für die interministerielle Koordination wird der neue Staatsminister für Europäische Integration verantwortlich sein. Der Staatsminister wird Chefunterhändler in den Verhandlungen und alle Projekte im Rahmen des SAA koordinieren. Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess wird also sehr konzentriert geleitet, mit klaren Verantwortlichkeiten. Die albanische Regierung unternimmt ununterbrochen Anstrengungen, die administrativen Kapazitäten zu stärken und die notwendigen menschlichen Ressourcen heranzubilden, um nicht nur die Verhandlungen erfolgreich abzuschließen, sondern auch die Implementierung des Abkommens später gelingen zu lassen.

Die wichtigsten Ziele des SAA sind es,

- die Region näher an die Perspektive einer Vollmitgliedschaft in der EU heranzuführen;
- die Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wie die ökonomische Entwicklung und die administrativen Reformen zu unterstützen;
- regionale Kooperation zu fördern;
- einen offiziellen Rahmen für den politischen Dialog auf bilateraler und regionaler Ebene zu schaffen;
- ökonomische Beziehungen, Investitionen, Unternehmenspolitiken, Transportwege und Zollkooperation in der ganzen Region zu stärken und die Region weiter an das Welthandelssystem heranzuführen, mit der Möglichkeit der Schaffung einer Freihandelszone (oder mehreren Zonen dort, wo ausreichend Fortschritte gemacht sind);
- Kooperation in Rechtsfragen zu fördern; und schließlich
- die Kooperation in sozialen, zivilen, erzieherischen, wissenschaftlichen, technologischen, kulturellen und in Energie- und Umweltfragen zu vertiefen.

Das neue CARDS-Programm („Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilization“) der Europäischen Union spezifisch für den „westlichen Balkan“ wird bis 2006 einen Umfang von 4,65 Mrd. EURO haben. Davon werden 185,6 Mio. EURO für Albanien bereitgehalten. Anders als das bisherige PHARE-Programm ist CARDS kein reines Entwicklungsprogramm. Es ist vor allem auf den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess ausgerichtet und stellt die technische und finanzielle Dimension dieses Prozesses dar. In Albanien wird das CARDS-Programm vor

allem auf die Bereiche Justiz und Inneres, auf den Aufbau administrativer Kapazitäten, auf ökonomische und politische Entwicklung, Umweltressourcen und demokratische Stabilisierung ausgerichtet.

Von allen Staaten des „westlichen Balkan“ hat Mazedonien als erstes Land im Frühjahr 2001 sein SAA unterzeichnet, Kroatien folgt noch in diesem Monat. Die Bundesrepublik Jugoslawien und Bosnien und Herzegowina befinden sich noch in der Startphase ihres Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses. Albanien ist inzwischen in einem fortgeschrittenen Stadium der Diskussionen mit der EU, was die Eröffnung von SAA-Verhandlungen im Jahr 2002 anbelangt. Die Gipfel von Göteborg hat im Juni entschieden, dass die Verhandlungsdirektiven der Kommission für den Start der Verhandlungen vor Ende des Jahres 2001 gebilligt werden können. Nach den drei Treffen der Hochrangigen Steuerungsgruppe zwischen Albanien und der EU im Frühjahr diesen Jahres, die der Erfüllung bestimmter Kriterien und Anfragen dienten, wurde nun in Göteborg die Einrichtung der Gemeinsamen Beratungsgruppe gebilligt, die ihr erstes Treffen am 18./19. Oktober abgehalten hat. Noch einmal ging es um eine Evaluierung, wie weit die albanische Regierung die Verpflichtungen erfüllt hat, die sich aus dem Bericht der Europäischen Kommission vom letzten Mai ergeben. Dies Treffen und das der Gemeinsamen Kommission Albanien - EU am 9. November sind die letzten verbliebenen Aufgaben vor der Diskussion und Entscheidung im Allgemeinen Rat über das Mandat zur Eröffnung der SAA-Verhandlungen. Voraussichtlich in den ersten drei Monaten des nächsten Jahres werden die Verhandlungen dann starten.

Die Verhandlungen sind eine große Herausforderung, doch nicht die größte. Andere Herausforderungen liegen vor uns, insbesondere die strikte Umsetzung aller Verpflichtungen und Reformnotwendigkeiten, die sich aus dem SAA ergeben, und dies auf allen Gebieten: Ökonomie, Gesetzgebung, Rechtsprechung, nationale Sicherheit, politische Stabilität, Implementierung demokratischer Standards, Respekt für Menschen- und Minderheitenrechte auf europäischem Niveau, Umweltschutz, Eliminierung der Tendenzen zu Korruption, organisierter Kriminalität und des illegalen Handels mit Menschen, Drogen, Waffen etc. Dieser Fortschritt muss sichtbar sein, konkret und qualitativ, und er muss vor allem für die Bürger Albaniens, mehr noch als für die EU-Institutionen, spürbar sein.

Das SAA umzusetzen wird Zeit erfordern. Es wird Albanien näher an die EU heranzuführen, es jedoch nicht zum Mitglied

machen. Es wird eine zusätzliche Zeitperiode benötigen, andere Prozeduren und eines weiteren Abkommens, um die Vollmitgliedschaft zu erwerben. Dies hängt auch von den weiteren Entwicklungen in der Union ab.

Südosteuropa, und besonders der sogenannte westliche Balkan, sind weit weg von den ersten Kandidaten für die EU-Mitgliedschaft. Vor ihnen liegen spezifische Vorbereitungsstrategien für eine spätere Mitgliedschaft. Diese können nur mehr oder weniger experimentellen Charakter haben, so lange in der Region das essentielle Element für eine konsolidierte Langzeitstrategie der Integration fehlt: politische Stabilität und Sicherheit. Es ist noch zu früh um festzustellen, dass die Region die Krisenperiode hinter sich hat, auch wenn alle diese Länder nun demokratisch gewählte Regierungen haben. Explosive Elemente und Lagen gibt es noch immer in Mazedonien, im Kosovo, in Montenegro und Bosnien. Die Konsolidierung der regionalen Stabilität und Sicherheit hängt von diesen Krisenpunkten ab. Die EU hat zusammen mit den USA viele regionale Initiativen und Projekte unterstützt, der Region dabei zu helfen, ihre eigene Zukunft zu bauen - wie etwa den Stabilitätspakt, der nach zwei Jahren seiner Existenz funktionaler und operativer werden sollte.

Albanien hat in diesen letzten zwei Jahren gute Fortschritte gemacht, dank einer Regierung, die nicht das Spiel der territorialen Expansion des 19. Jahrhunderts spielt, sondern das Spiel der euroatlantischen Integration des 21. Jahrhunderts. Sicherlich bleibt für Albanien viel zu tun, um seine eigene Entwicklungsperspektive, also die europäische Perspektive, zu klären und zu konsolidieren. Wo sich Albanien in 10 bis 15 Jahren wiederfindet, wird zunächst von den Albanern abhängen, von der Art und Weise, wie sie die Zeit nutzen, um ihr großes strategisches Ziel zu verwirklichen. Das ist der Grund, warum die europäische Integration eine Herausforderung für Albanien und für die Albaner bedeutet, ein Test auch für die Werte dieses Landes und seiner Menschen.

(Übersetzung der Redaktion)

Rafael Biermann

**Die europäische Perspektive
für den westlichen Balkan.**

Die EU in Zwiespalt,

in: Osteuropa,

8/2001, S. 922-937.

Die NATO in Mazedonien

Am 14. März 2001 sind die bereits seit langem schwelenden Differenzen zwischen den slawischen Mazedoniern und der albanischen Minderheit in einen blutigen Konflikt umgeschlagen. Seither bemühen sich insbesondere die EU und die NATO, die Konfliktparteien auf eine friedliche Regelung einzuschwören. Javier Solana und François Léotard haben es, gemeinsam mit Christopher Pardew und mit Diplomaten der OSZE und insbesondere in enger Kooperation mit NATO-Generalsekretär George Robertson nach intensiven und mühsamen Verhandlungen geschafft, einen politischen Dialog zwischen den Konfliktparteien aufzubauen. Am 13. August 2001 mündete dieser Dialog in ein Rahmenabkommen, auf dessen Basis ein relativ stabiler Waffenstillstand erreicht wurde. Das Abkommen weist ein beachtliches Potenzial für eine friedliche Zukunft des Landes auf.

Kern der Vereinbarungen ist die Verzahnung eines politischen Prozesses von überfälligen Verfassungsänderungen zugunsten der albanischen Gemeinschaft, was in der Verantwortung der mazedonischen Gesetzgebungsorgane liegt, mit einer Bringschuld der Albaner, was die Abgabe von Waffen und die Demobilisierung betrifft. Hinzu kommt das Engagement der NATO zur sicherheitspolitischen Flankierung dieses Prozesses wie das Engagement der Internationalen Gemeinschaft zur Honorierung der friedlichen Kompromißfindung unter anderem in Form großzügiger Unterstützung für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Gesundung des Landes.

An der NATO-Mission „Essential Harvest“, die nach 30 Tagen am 26. September mit der Entgegennahme und Vernichtung von knapp 4.000 Waffen erfolgreich abgeschlossen wurde, nahmen etwa 4.800 Soldaten aus 17 NATO-Ländern teil, unter ihnen über 200 Angehörige der Bundeswehr. Die Folge-Mission „Amber Fox“, an der etwa 1.000 Soldaten, davon ca. 600 Deutsche teilnehmen, soll für drei Monate dem Schutz der etwa 200 nach Mazedonien entsandten zivilen Beobachter der EU und der OSZE dienen. Mit „Amber Fox“ steht erstmals eine bedeutende NATO-Mission unter deutschem Kommando.

Bereits heute lassen sich einige Konsequenzen aus dem Engagement der NATO in Mazedonien absehen:

Gerade die Verschränkung der genannten Elemente könnte den Friedensprozess zu einem wegweisenden Modell machen, dies insbesondere auch in Bezug auf die Rolle der NATO. Mit „Essential Harvest“ wie auch mit „Amber Fox“ hat sich die NATO nicht in den Mittelpunkt der Konfliktlösung gestellt. Im Gegenteil, beide Missionen sind klarer Ausdruck des Selbstverständnisses der Allianz, einen vorwiegend politischen Prozess mit den ihr gegebenen Möglichkeiten abzusichern und zu begleiten. So wirkt die NATO stabilisierend und verleiht den Vereinbarun-

gen des Rahmenabkommens zusätzliche Tragfähigkeit. Gleichzeitig bleiben die politischen Verantwortlichkeiten dort, wo sie hingehören, nämlich bei den Führern der Konfliktparteien, unterstützt durch die seitens der Internationalen Gemeinschaft bestellten Vermittler.

Die NATO ist nicht bereit, das aufzufangen, was EU, OSZE, der Stabilitätspakt und andere nicht geschafft haben. Die Entwicklung der Lage in Mazedonien durfte niemanden überraschen. Die Konfliktprävention hat versagt – dies trotz beachtlicher auch finanzieller Unterstützungsprogramme vor allem seitens der EU, trotz des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses, trotz des im April 2001 abgeschlossenen Abkommens mit der EU, trotz des Stabilitätspaktes, trotz der bereits seit September 1992 bestehenden „Spillover-Mission“ der OSZE, die – ebenso wie die bis Februar 1999 bestehende UN-Mission UNPREDEP – zur Aufgabe hatte, ein Übergreifen von Konflikten aus dem Kosovo, aus Albanien und Serbien auf Mazedonien zu verhindern.

Der Vergleich zur Rolle der NATO in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo drängt sich auf, sollte jedoch nur bedingt gezogen werden. Mazedonien verfügte auch während der gewaltsamen Konfliktphase über ein funktionierendes und demokratisch legitimes Staatswesen. Es gab kein vergleichbares Macht- oder Legitimationsvakuum. Dennoch: Die Positionierung der NATO in Mazedonien zeugt von Weitsicht und auch Erfahrung. Die Übernahme spezifischer Aufgaben eher technischen Charakters werden es der NATO diesmal ermöglichen, zu einem hoffentlich sinnvollen Zeitpunkt ihr Engagement in Mazedonien zu beenden. Dies fordert die politischen Verantwortlichen in Mazedonien wesentlich stärker, als es in Bosnien oder im Kosovo bedauerlicherweise immer noch der Fall ist. Gleichzeitig akzeptiert die NATO aber auch ein mutiges Mandat, da sie sich einem beträchtlichen Risiko aussetzt: Ein Scheitern des Friedensprozesses würde entweder zu einer umgehenden Verstärkung der Kräfte, insofern zu einer Korrektur ihres Mandates, oder, bei einem Abzug unverrichteter Dinge, zu einem empfindlichen Ansehensverlust führen.

Gleichzeitig entlarvt die NATO in Mazedonien das große Manko der Internationalen Balkanpolitik: Gerade indem sie sich nicht in das Zentrum der Stabilisierungsbemühungen ziehen lässt, macht sie deutlich, dass in eben diesem Zentrum ein politisches Ordnungskonzept zu stehen hat. Unumstritten ist die Problematik in Mazedonien engstens mit der „Albanischen Frage“ insgesamt verbunden. Ein Lösungskonzept hierfür ist nicht in Sicht. Ebenso ist die Problematik im Kosovo engstens mit der „Serbischen Frage“ verwoben. Die untrennbare Verflechtung der eigenen inneren Problematik mit dem Verhältnis zu den Nachbarn gilt auch für die Gemeinschaften der Serben und Kroaten in Bosnien und Herzegowina. Deren

Zukunft wird ebenso unausweichlich über ihr Verhältnis zu Serbien und Kroatien definiert werden. Ähnliches gilt für die Zukunft des bosnisch-herzegowinischen Gesamtstaates und für die Zukunft Kroatiens, Serbiens wie für die jugoslawischen Föderation (Montenegro).

Dies muss Folgerungen für die sicherheitspolitische Präsenz der Internationalen Gemeinschaft haben. Kaum erwähnt wurde die Tatsache, dass sich im Sommer bereits NATO-Soldaten in Mazedonien befanden, da die hauptsächlichsten Nachschubwege der KFOR-Mission über Mazedonien laufen. Eine enge Verzahnung von KFOR und „Amber Fox“ stünde in dieser Logik: Auch die NATO würde die regionale Aufgabe mit einem regionalen Mandat effizienter und besser lösen können als durch ein wenig kongruentes Nebeneinander auf Einzelkonflikte ausgerichteter Missionen. Gleiches gilt für die erschreckend unkoordinierten Aktivitäten des UNHCR, der OSZE und auch der EU, deren Kooperationsprogramme mit den Ländern der Region noch immer viel zu wenig regional ausgerichtet sind.

Kurzum: Der Friedensplan für Mazedonien kann ein kluges Modell für ein punktuell Problem werden. Dennoch krankt das Modell, ebenso wie die Friedenslösungen, die jeweils punktuell für die anderen Konflikte auf dem Balkan gefunden wurden, daran, dass sie nicht in ein übergeordnetes Ordnungsmodell für die Region münden. Letztlich gäbe nur ein solches den einzelnen Elementen Ziel und Sinn. Den Ländern der Region würde die nötige Motivation vermittelt, die jeweiligen Friedenspläne tatsächlich zu verinnerlichen und um der eigenen europäischen Zukunft willen mühsame Reformen umzusetzen. Zugleich gäbe es den in der Region engagierten Staaten der Internationalen Gemeinschaft die Gewissheit, sich ziel- und zweckgerichtet auf den schwierigen Stabilisierungsprozess eingelassen zu haben.

Letztlich wird die Aufgabe in Mazedonien nur gelingen, wenn beide, mazedonische Slawen wie Albaner, die nötigen Reformen auch umzusetzen bereit sind und wenn sie sich auf das gemeinsame Interesse einer konkreten europäischen Perspektive besinnen. Das Kernproblem der westlichen Politik besteht jedoch darin, dass für zusammenhängende Fragen bislang noch keine zusammenhängende Antworten gegeben werden. Daher brauchen wir ein realistisches Gesamtkonzept für den Balkan. Letzteres ist umso dringlicher, als die transatlantischen Partner in der NATO infolge der Bündelung ihrer Kräfte zugunsten der Bekämpfung des Internationalen Terrorismus ihre Präsenz in Südosteuropa drastisch abbauen werden. Es muss nicht nur mehrere lokale, sondern eine regionale Lösung geben. Dies sollte auch bei zukünftigen Aufgabenstellungen der NATO Beachtung finden.

Karl Lamers, MdB

Kosovo vor den Wahlen

Die Wahlen im Kosovo am 17. November rücken rasch näher. Die Divergenzen zwischen Serben und Kosovo-Albanern in Bezug auf ihre Wahlbeteiligung scheinen überwunden. Die Serben haben sich für die Beteiligung an den Wahlen entschieden, was sie durch ihre massenhafte Registrierung demonstrieren.

Gleichzeitig haben die Terroranschläge vom 11. September die politische Landschaft in der ganzen Region wie auch im Kosovo getroffen. Dahinter steht die Frage, ob sich die amerikanische Politik in der Region drastisch ändern wird. Die Reduzierung des Engagements auf dem Balkan vollzieht sich bereits seit Antritt der Bush-Administration. Die Mazedonienkrise hat durch die Entsendung eines permanenten Sonderbotschafters vor Ort zu einer gewissen Kurskorrektur geführt. Auf militärischem Gebiet hat sich die Rolle der USA weiter reduziert, indem die Europäer die Führung in „Essential Harvest“ wie in „Amber Fox“ übernommen haben, obwohl die NATO mit Abstand der Hauptakteur bleibt. Auch wenn die USA noch immer der größte nationale Truppensteller in Bosnien wie im Kosovo bleiben, stellen die Europäer inzwischen die meisten Kräfte in SFOR wie in KFOR. Was die ökonomische Hilfe anbelangt, führen die Europäer ohnehin seit Anfang der 1990er Jahre die internationalen Bemühungen an.

Offensichtlich fehlt der EU noch immer ein politisches Potential, das ihrem ökonomischen entspricht. Der schrittweise Rückzug der USA aus dem Balkan muss aufgewogen werden. Dafür kommt nur die EU in Frage. Doch muss sie dafür zunächst die politischen und militärischen Instrumente erwerben, die mit ihren Ambitionen wie mit ihrer Verantwortung auf dem Balkan Schritt halten. Besitzt die EU die Ressourcen, um im Fall des Falles militärisch zu antworten? Muss die EU ihr „headline goal“ unter der Maßgabe modifizieren, dass die NATO-Europäer die meisten militärischen Operationen auf dem Balkan in Zukunft führen werden? Meine Antwort ist ein deutliches Ja.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, welchen Einfluss ein Rückzug der USA auf die Region selbst haben würde. Die Kosovofrage würde noch komplizierter, bedenkt man, dass die meisten EU-Länder sich weigern, über eine Unabhängigkeit des Kosovo überhaupt auch nur nachzudenken. Was wird die Antwort der Kosovo-Albaner sein? Zwei Optionen sind

denkbar. Entweder akzeptieren die Kosovo-Albaner den bitteren *fait accompli*, dass die Erlangung der Unabhängigkeit praktisch unmöglich ist - oder sie greifen erneut zu den Waffen, im Kosovo, in Südserbien, und in Mazedonien, um auf diese Weise eine Regelung zu ihren Gunsten zu erwirken. Die EU braucht einen flexibleren Ansatz. Sie sollte restriktive Rechtsauslegungen vermeiden, die eine Unabhängigkeit des Kosovo von vorneherein ausschließen. Ansonsten könnten die Konsequenzen äußerst destabilisierend werden.

Unter den neuen Gegebenheiten nach dem 11. September wird eine weitere Marginalisierung der albanischen und der moslemischen Bevölkerungen in der Region zum gefährlichen Omen. Manifestiert hat sich dies etwa in Behauptungen serbischer und slawisch-mazedonischer Politiker, welche die Albaner mit dem Terrorismus in Verbindung bringen, um ihre eigene Position in der Unabhängigkeitsfrage zu legitimieren. Der Krieg gegen den Terrorismus wird zu eigenen Zwecken instrumentalisiert. Das Problem ist, dass die Albaner der Region in die Nähe des islamischen Fundamentalismus gerückt werden. Der serbische Innenminister äußerte sich besonders alarmierend, als er nahe legte, Bin Laden habe Basen im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina und sei in Albanien präsent. Der mazedonische Premierminister wiederum sprach von der Mitwirkung von Mujahedin in der mazedonischen UCK. Auch wenn die NATO und der Hohe Repräsentant die Anwesenheit von Terroristen in Bosnien und im Kosovo bestritten haben, müssen solche Basen, sollten sie doch existieren, rasch beseitigt werden.

Die Verbindung, die zwischen dem Terrorismus und dem Islam gezogen wird, ist extrem gefährlich in einer Region, die in der letzten Dekade unter Kriegen gelitten hat, die starke religiöse und kulturelle Untertöne aufwiesen. Solche Porträtierungen müssen rasch ein Ende finden, ansonsten erfüllt sich die Prophezie vom Kampf der Kulturen von selbst. Die Nutzung des Terroristenarguments durch Serben wie slawische Mazedonier, um ihre eigenen Ziele auf Kosten der Kosovo-Albaner und der Albaner in Mazedonien zu verfolgen, verschleierte, welche wirklichen Chancen sich im Kampf gegen den Terrorismus gerade auch für die Region eröffnen. Es geht darum, Terroristenbasen - so sie existieren - auszumergen, die Verbindungen zwischen Ter-

rorismus und organisierter Kriminalität in der Region aufzudecken (so kommt das Heroin und das Opium, das in der Region gehandelt wird, vielfach aus Afghanistan) und die staatlichen Strukturen so zu stärken, dass sie dem Einfluss transnationaler krimineller Banden widerstehen können.

In diesem Kontext ist die Situation im Kosovo zu bewerten. Auch wenn UNMIK die Wahlen wie geplant am 17. November abhalten will, so sind die Folgen doch unklar. Ursächlich dafür ist der Machtkonflikt zwischen Kostunicas DSS, die sich zunächst gegen eine Wahlbeteiligung der Serben ausgesprochen hat, und der DOS, die eine Registrierung der Serben befürwortet. Hinzu kommt die Unfähigkeit der Kosovo-Albaner, irgendeine Plattform jenseits des Rufes nach Unabhängigkeit zu präsentieren, wie auch der Widerwillen der Europäer, die Unabhängigkeitsoption überhaupt zu erwägen. Die Terroranschläge in den USA könnten durchaus zu einer völligen Neubewertung der Prioritäten führen, wie nach den Wahlen weiter vorzugehen ist. Dies könnte zu erhöhter Instabilität führen, wenn Hitzköpfe auf allen Seiten ihre chauvinistische Grundeinstellung beibehalten. Vielleicht sollte eine neuer Anlauf unternommen werden, einen Dialog zwischen Prishtina und Belgrad in Gang zu setzen, verbunden mit einer erneuten Selbstverpflichtung, jene Kräfte wie Verbrecherringe, die Profiteure des alten Regimes und die chauvinistische Rhetorik mancher staatlicher Vertreter zu bekämpfen, die der Region weiterhin schweren Schaden zufügen und die Bemühungen um eine Normalisierung des Lebens im Kosovo erheblich komplizieren können.

*Dimitrios Triantaphyllou,
Institute for Security Studies
der EU, Paris*

(Übersetzung der Redaktion)

Emil Mintchev
South Eastern Europe
at the beginning of the
21st century

New dangers, new strategies,
new perspectives,

ZEI Discussion Paper, C 82, 2001

Mazedonien nach dem Ochrider Vertrag

Seit Anfang des Jahres haben wir im Raum Skopje, Kumanovo und Tetovo einen „Krieg“, der diesen Namen eigentlich nicht verdient, der vermeidbar war. Er hat das arme Land finanziell ruiniert, mag aber nicht ganz nutzlos gewesen sein. Der Rahmenvertrag von Ochrid vom 13. August hat der bewaffneten Auseinandersetzung vorerst ein Ende gesetzt. Ob sie damit endgültig beendet ist, bleibt abzuwarten.

Dem Einfluß von EU und NATO ist es zu verdanken, dass dieser Krieg nicht zu einem Bürgerkrieg ausgeartet ist - dies hätte angesichts der angestauten Emotionen auf beiden Seiten nahe gelegen. Allerdings hat die Verzögerung der Verfassungsänderungen den im Ochrider Vertrag vorgesehenen Zeitplan zunichte gemacht. Ein Wiederaufleben der Kämpfe ist nicht auszuschließen. Der Westen übt massiven Druck auf Skopje aus, den Rahmenvertrag endlich umzusetzen und hat u.a. die vorgesehene Geberkonferenz verschoben. Hauptstreitpunkt ist die Formulierung der Präambel: Soll nur von makedonischen „Bürgern“ gesprochen werden oder darf „die makedonische Nation“ erwähnt werden?

Der Rahmenvertrag ist für viele Beobachter, die seit Jahren das Ende Makedoniens voraussagen, eine Überraschung. Denn es war Blut geflossen, viele Menschen waren aus ihren Dörfern vertrieben, viele Häuser wurden zerstört und geplündert - die Nerven der Makedonier lagen wie bei der Kosovokrise erneut blank. Der wachsende emotionale Abgrund, der bis zum Hass zwischen beiden „Gemeinschaften“ geht, ließ Schlimmes befürchten. Die wenig gastfreundliche Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Kosovo durch die - zugegebenermaßen überforderten - Makedonier im März/Juni 1999 (vor allem die Ereignisse in Blace Ostern 1999) musste noch in frischer Erinnerung sein.

Aber all das konnte einem rationalen Kalkül nicht standhalten. Die Alternative hätte nämlich das Ende Makedoniens nach einem langen und blutigen Bürger- und schließlich Balkankrieg bedeutet, den die NATO kaum hätte stoppen können. Keine der Konfliktparteien hätte einen Gewinn davon gehabt. EU- und NATO-Beitritt wären in weite Fernen gerückt. So war die Einigung von Ochrid eigentlich die logische Folge rationaler Überlegungen, die zwar auf dem Balkan nicht weit verbreitet sind, die aber den Menschen in Makedonien seit der Unabhängigkeit 1991 das Überleben ermöglicht haben.

Ein Blick in die makedonische Geschich-

te seit 1989 zeigt, dass die Makedonier bisher alle die zahlreichen schweren Krisen meistern konnten. Makedonien hat sich seit seiner Unabhängigkeit stets maßvoll und rational verhalten. Außerdem war die jetzige bewaffnete Auseinandersetzung auch dank der westlichen Interventionen eher „une drôle de guerre“. Die schlecht ausgerüsteten und für den Guerillakampf kaum ausgebildeten makedonischen Sicherheitskräfte hatten wohl keine Chance, auch wenn sie nicht von der NATO und der EU gebremst worden wären. Insgesamt sollen in den vergangenen Monaten „nur“ ca. 100 Menschen getötet worden sein. Die Albaner hatten einige Hinterhalte gelegt, aber ansonsten gab es wohl selten einen Nahkampf Mann gegen Mann - außer in Aracinovo, wo die Makedonier bald einsehen mußten, dass sie im Kampf Haus um Haus wenig Erfahrung hatten und daher den von der NATO vermittelten Waffenstillstand annehmen mussten. Es gab bei aller Sympathie für die UCK keinen flächendeckenden Massenaufstand in den albanischen Gebieten, keine Terrorattentate in den Städten, keine spektakulären Entführungen von politischen Persönlichkeiten.

Überraschend war der Inhalt des Vertrages: Die Albaner wollten tatsächlich nur ihre rechtlichen Forderungen im Rahmen des makedonischen Staates durchsetzen. Anfangs war es durchaus unklar, worum es ihnen wirklich ging: um erweiterte Bürgerrechte oder um endgültige Trennung. Die Albaner haben in dem Rahmenvertrag nicht auf ihren Extremforderungen (Autonomie oder gar Separation) bestanden, welche die Existenz des makedonischen Staates gefährdet hätten. Sie haben auch nicht auf einer Regelung der Suleimani-Universität in Tetovo bestanden. Sie haben aber überfällige und angemessene Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte (vor allem mit Hilfe der „doppelten Mehrheit“ Badinters) durchgesetzt.

Überraschend ist auch die bisherige Vertragstreue der Albaner, jedenfalls derer, die Ali Ahmeti unterstehen: Vertrags- und fristgemäß übergaben sie der KFOR die Waffen (welcher Art auch immer) und erklärten die Auflösung der UCK. Mag die Waffenabgabe eher ein symbolischer Unterwerfungsakt gewesen sein und die Auflösung der UCK ein jederzeit reversibler Akt - größere Schießereien hörten jedenfalls auf. Die Disziplin der Albaner grenzt an ein Wunder, wenn man bedenkt, wie heterogen (albanische UCK, makedonische Albaner, Söldner aus vielen Ländern, ja sogar Mujahedin) die UCK sein soll.

Es gibt allerdings noch einige Probleme: Ali Ahmeti hat wohl nicht alle Gruppierungen unter seiner Kontrolle. Die Schießereien und Bombenanschläge haben bis heute nicht völlig aufgehört. Es bleibt abzuwarten, ob diese Gruppen zur Verständigung gezwungen oder eliminiert werden können oder ob sie in der Lage sind, die Unruhe aufrechtzuerhalten. Auch war bisher die Rückkehr der Flüchtlinge und der Ordnungskräfte in die von den Albanern besetzten Gebiete nur teilweise möglich, weil der Ochrider Vertrag noch nicht verwirklicht ist und vor allem, weil die nur von der Regierung und nicht durch ein Gesetz ausgesprochene Amnestie verständlicherweise für die Justizbehörden nicht bindend ist und für Unsicherheit sorgt.

Rückblickend betrachtet war der Konflikt eigentlich überflüssig: Es handelt sich um einen seit dem Beginn der Unabhängigkeit des Landes verschleppten Konflikt, der bei ein wenig staatsmännischem Geschick hätte vermieden werden können. Die Gesetzgebung war durchaus minderheitenfreundlich, mag auch ihre Durchsetzung nicht immer gewährleistet gewesen sein, zum Teil auch deshalb, weil es die Albaner unterließen, die



rechtsstaatlichen Instrumente auszu-schöpfen. Beide albanischen Parteien haben jahrelang große Geduld, jedoch wenig Geschick und noch weniger juristisches Verständnis gezeigt. Sie haben zwar ihre Forderungen ständig lautstark vorgetragen und versucht, ihnen durch Demonstrationen Nachdruck zu verleihen. Sie haben aber nie versucht, ihre Forderungen über die Gerichte bis zum EMRG in Straßburg voranzutreiben.

Leider war auch auf seiten der makedonischen Staatsführung wenig Einsicht in die Dringlichkeit von wenigstens kosmetischen Konzessionen vorhanden. Man stand wohl unter dem Eindruck, Konzessionen ließen sich gegen die Mitglieder der eigenen Parteien nicht durchsetzen und die Albaner meinten es gar nicht so ernst. Anders ist nicht zu verstehen, warum man die Flaggenfrage zu den Ereignissen des 9. Juli 1997 in Tetovo und Gostivar hat kulminieren lassen, warum man sich nicht großzügiger in der Frage der pädagogischen Akademie Anfang 1997 gezeigt hat, warum man auf die Errichtung der albanischen Universität von Tetovo so unproportional reagiert hat, um nur einige Punkte herauszuheben. Eine Gemeindereform war überfällig, bereits vor Ausbruch des Konflikts im Parlament behandelt, aber dann verschleppt worden. Bei gutem Willen hätte man auch den Anteil der Albaner in der Verwaltung und vor allem Polizei erhöhen können - Anfänge waren bereits gemacht worden. Spätestens mit dem Kosovo-Konflikt und den Erfolgen der UCK hätten in Skopje die Alarmglocken schrillen müssen.

Das Schlimmste war, dass es - nach dem Abbruch der Mission von Botschafter Ahrens Anfang 1996 - zu keinem ernsthaften Dialog zwischen Albanern und Makedoniern mehr kam. Hier liegt ein Versagen des Westen vor, der trotz aller Ermahnungen nie ernsthaften Druck auf die makedonische Regierung ausgeübt hat. Im Gegenteil hat er das einzige Dialogforum, die Mission Ahrens, nicht aufrechterhalten. Dies war m.E. der entscheidende Zeitpunkt, von dem an sich die inner-ethnische Lage ständig verschlechterte.

Die nun erfolgten Konzessionen rechtfertigen den Aufwand des Krieges und die durch ihn herbeigeführten, vor allem wirtschaftlichen Schäden eigentlich nicht. Die Konzessionen der Makedonier sind - auch wenn nationalistische Makedonier jetzt sogar ein Referendum darüber verlangen - objektiv minimal; vor allem die neu eingeführten Mitwirkungsrechte sind seit langem gerechtfertigt und werden für Entspannung sorgen. Besonders bemerkenswert ist, dass die albanischen Makedonier ihre Forderung nach jeder Art von Verselbständigung (Föderalisierung, Autonomie, Trennung usw.) haben fallen lassen. Ich hätte mir dar-

über hinaus gewünscht, dass neutrale Institutionen zur Überwachung der Minderheitenrechte eingesetzt worden wären, etwa ein internationales Gericht für Minderheitenrechte; das Verfahren vor dem EGMR in Straßburg dürfte zu lange dauern. Ob die 1.000 OSZE-Beobachter mit ihren NATO-Beschützern die Einhaltung der Vertragsbestimmungen gewährleisten können, bleibt abzuwarten.

Der jetzt angefachte Widerstand der Makedonier ist vom Vertrag nicht gedeckt. Er ist jedoch angesichts der Erregung und der antialbanischen Gefühle schwer zu überwinden. Es ist für die Makedonier schwer zu ertragen, den seit Jahrzehnten als nicht gleichwertig angesehen Albanern Konzessionen machen zu müssen, nur weil diese sie militärisch „erpresst“ haben, wie es in den meisten Zeitungen heißt. Bisher fehlt den Makedoniern die Einsicht, dass sie durch ihre mangelnde Einsicht in die Berechtigung der langjährigen Forderungen der Albaner mitschuldig an der Auseinandersetzung sind. Lieber beschuldigen sie die EU und NATO der Kollusion mit den Albanern.

Die fortdauernde Weigerung der Makedonier, die Berechtigung der albanischen Forderungen anzuerkennen, ist überaus kurzichtig. In einigen Jahren wird die Demographie ohnehin eine Änderung der Verhältnisse erzwingen. Die Makedonier müssen begreifen, dass sie mit den Albanern zusammenleben müssen und dass sie die Chance haben, über eine großzügige Integration „ihrer“ Albaner einen günstigen Einfluss auf die Entwicklung Albanens und des Kosovo ausüben können. Aber auch die Albaner sollten einsehen, dass sie sich auf die Makedonier und den Westen „hinentwickeln“ und die Selbsthettoisierung aufgeben müssen. Es wäre daher weitsichtiger, wenn die Makedonier die jetzt für sie relativ günstigen Regelungen möglichst rasch festschrieben. Die Chance wird nicht so schnell wiederkommen.

Bemerkenswert ist die Geduld und Mäßigung der Albaner, die sich durch die Nichteinhaltung des Fahrplans des Ochrider Vertrags und die nicht vom Vertrag gedeckten Forderungen der Makedonier (Revision der Präambel, Freigabe der von der UCK besetzten Gebiete und der Geiseln und Abhaltung eines Referendums) nicht provozieren lassen. Immerhin haben sie mit dem Boykott der Parlamentssitzungen gedroht, wenn der Ochrider Vertrag nicht im Ganzen und unverändert verabschiedet wird. Außerdem verlangen sie eine Amnestie per Gesetz und nicht nur durch eine Erklärung der Regierung, zu Recht: Der Präsident kann nach Art. 84 Verf. nur bereits Verurteilte begnadigen; nur das Parlament kann nach Art. 68 Abs. 1 Verf. eine Amnestie aussprechen.

Wie geht es weiter? Nach der zehnjährigen, minderheitenpolitisch relativ vernünftigen Vorgeschichte und der Einigung in Ochrid ist kaum zu erwarten, daß eine Änderung der Verfassung scheitern wird. Die zwei Schlüsselfragen, die Präambel und der Kirchenartikel, haben mehr symbolische als praktische Bedeutung. Ob die Europa-Parlaments-Abgeordnete Doris Pack klug beraten war anzudeuten, man könne den Vertrag von Ochrid in der Präambelfrage eventuell ändern, bleibe dahingestellt. Immerhin hat sich jetzt auch Solana darauf eingelassen. Für ein Parlament ist die Gängelung durch den Vertragstext schwer zu ertragen. Die Alternative aber wäre eine wenig erfolgversprechende Fortsetzung des Krieges ohne die Unterstützung der EU und der NATO, ja gegen sie, der sichere Staatsbankrott und vermutlich die Abtrennung der Albanergebiete. So werden die Makedonier eine Entscheidung weiterhin hinauszögern, um sie dann doch akzeptieren zu müssen. Denn die desaströse wirtschaftliche und finanzielle Lage sowie die Unmöglichkeit, den Guerillakrieg zu gewinnen, lässt trotz des Säbelrasselns der Ultra-Makedonier kaum eine Wahl.

Nach der Verfassungsänderung wird es erst richtig schwierig: Denn dann muss versucht werden, die Wunden zu heilen, aufeinander zuzugehen und endlich ein Miteinander, eine wirkliche Integration zu erreichen. Auf jeden Fall hätte man in den Ochrider Vertrag an erster Stelle schreiben müssen: Jeder Makedonier muß albanisch lernen! Erfreulich ist wenigstens, dass endlich in Bitola die erste Zeitung auf makedonisch, albanisch, türkisch und romani erschienen ist. Gelingt die Integration nicht, wird es eines Tages erneut zu Auseinandersetzungen kommen. Der Westen sollte sich nicht darauf beschränken, Geld zu geben. Er muss dafür sorgen, dass es zu einer Integration oder wenigstens zu einem ständigen Dialog zwischen Makedoniern und Albanern kommt. Makedonien braucht weiterhin und gerade jetzt wohlwollende Ratgeber. OSZE-Beobachter und NATO-Soldaten sind wichtig, aber allein nicht ausreichend.

Mit den Parlamentswahlen Anfang 2002, die nach Meinung vieler Beobachter Branko Cervenkovski und seine SDSM gewinnen wird, könnte das Land wieder in ruhigere Fahrwasser gelangen. Denn dieser hat sich in den vergangenen Monaten als der konzessionsbereitere makedonische Politiker gezeigt. All das bestärkt die Überzeugung, dass Makedonien weiterhin ein Stabilitätsfaktor auf dem Balkan bleiben wird.



REPUBLIC OF CROATIA
MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
DIPLOMATIC ACADEMY



Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

in cooperation with
Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland
Friedrich-Naumann-Stiftung
International Center of Croatian Universities

Second Stability Pact Summer School

"Stabilising South Eastern Europe - the Security Dimension"
Dubrovnik, Croatia, 9 - 16 September 2001

Vom 9. bis zum 16. September fand zum zweiten Mal die „Stability Pact Summer School“, gemeinsam veranstaltet vom ZEI und von der Diplomatenaкадеmie des Außenministeriums der Republik Kroatien, in Dubrovnik statt. Sechzehn junge Diplomaten aus Bosnien und Herzegowina, der Bundesrepublik Jugoslawien (u.a. mit einem Vertreter aus Montenegro), Kroatien, Mazedonien, Rumänien und Slowenien nahmen im „International Center for Croatian Universities“ am Intensivkurs teil, der sich in diesem Jahr den Themen des dritten Arbeitstisches des Stabilitätspaktes - innere und äußere Sicherheit - widmete. Die Veranstaltung, erneut vom Auswärtigen Amt wie auch von der Friedrich-Naumann-Stiftung finanziert, wurde in enger Verbindung mit dem Büro des Sonderkoordinators des Stabilitätspaktes durchgeführt. Bernd Hemingway, von der EU-Kommission zum Büro Hombach abgeordnet, sprach bei der Eröffnung der Konferenz, ebenso wie der Nationale Koordinator des Stabilitätspaktes für Kroatien, Zeljko Kupresak, und referierte zudem über Fragen der inneren Sicherheit in der Region.

Das Seminar unterlag „Chatham House Rules“. Nicht Statements offiziellen Charakters, sondern lebhaft diskussionen in großer Offenheit und Vertraulichkeit waren das Ziel. Erneut konnten hochrangige kroatische wie deutsche Referenten gewonnen werden. Die Referenten näherten sich dem Thema aus sehr unterschiedlichen Erfahrungshorizonten, so dass eine große Bandbreite unterschiedlicher Erfahrungen reflektiert werden konnte: Oberst i.G. Meyer zum Felde von der Deutschen Militärischen Vertretung bei der NATO etwa sprach über das Konfliktmanagement der Allianz in Südosteuropa, Dr. Jelena Grcici-Polic vom kroatischen Außenministerium über Friedensmissionen der VN, Oberst i.G. Jochen Burgemeister vom BMVg über die zivile Kontrolle von Streitkräften in der Demokratie, Mato Blazanovic vom

kroatischen Innenministerium über Korruption und organisierte Kriminalität, Botschafter Dr. Hans-Jörg Eiff, derzeit Sondergesandter der NATO in Mazedonien, über Ursachen und Entwicklungslinien des Mazedonienkonfliktes, Vize-Europaministerin Dr. Visnja Samardzija über ihre Erfahrungen aus den Verhandlungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens der EU mit Kroatien, Dr. Rafael Biermann über Stand und Perspektiven der NATO-Erweiterung vor dem Gipfel in Prag im November 2002, mit besonderem Fokus auf die Beitrittsperspektiven der Region. Erstmals wurde eine Einheit über diplomatische Techniken eingeführt, die vom kroatischen OSZE-Botschafter Mario Nobilo geleitet wurde.

Dies sind Zahlen und Fakten. Was jedoch als Generalidee hinter der Summer School steht, ist die Zusammenführung von Menschen, die bisher kaum über die Grenzen hinweg kooperierten, deren Nationen noch vor wenigen Jahren zum Teil im Krieg miteinander lagen, die in ihren Schulen und Universitäten vielfach noch immer ein äußerst verzerrtes Bild vom Nachbarn und seiner Geschichte vermittelt bekommen. Ziel dieser Summer School war deshalb von Anfang an ein doppeltes: Vermittlung von Wissen und Erfahrungen über die Euro-Atlantischen Institutionen und ihre Politik, vor allem in Südosteuropa, daneben aber auch Zusammenführung künftiger potentieller Führungskräfte aus der ganzen Region, um über die Ländergrenzen hinweg das Verständnis füreinander zu erhöhen, die Diplomaten der Region miteinander zu vernetzen und auch persönliche Freundschaften zu ermöglichen, die möglichst über Jahre halten und einen „kurzen Draht“ in Krisenzeiten schaffen. Letztlich mag dies mehr zur Konfliktprävention beitragen als manche hochkarätige Konferenz mit vorher gefertigten Communiqués und abgelesenen Statements. Gemeinsames Wohnen im Center, gemeinsame Erkundungen in der gut restaurierten Altstadt Dubrovniks, gemeinsame Ausflüge auf die benachbarten Inseln der Adria wie auch gemeinsame Stranderleb-

nisse sind deshalb ein wesentlicher Bestandteil der Zielsetzung der Summer School. Die Resonanz der Teilnehmer wie der Referenten, wie sie in den persönlichen Nachgesprächen oder auch in der Evaluation zutage tritt, rechtfertigt den Einsatz vollauf.

Wie auf einem solchen Seminar Gemeinsamkeiten neu entdeckt und vertieft werden können, offenbarte die Reaktion der Teilnehmer auf die Terroranschläge vom 11. September, die das Seminar bis hinein in die feierliche Abschlussveranstaltung überschatteten. In Erschütterung und Fassungslosigkeit erwuchs ein Bewusstsein der Gemeinsamkeit, das Ländergrenzen überwand. Serben wie Bosnier, Rumänen wie Slowenen verband in der Schweigeminute des 11. September, in der täglichen Internetrecherche wie in der gemeinsamen Diskussion über mögliche Folgen des 11. September für die internationale Politik die Einsicht, gemeinsam für die Verteidigung all der Werte eintreten zu wollen, die uns verbinden. Und dieses Wertefundament erwies sich als sehr viel breiter, als dies manche meinen mögen.

Am Rande des Treffens wurde vereinbart, im September 2002 in Dubrovnik die dritte „Stability Pact Summer School“ durchzuführen. Thematisch wird es um den ersten Arbeitstisch des Stabilitätspaktes gehen. Wie die Unabhängigkeit und Kompetenz der Medien in der Region gestärkt, wie die Demokratisierung nun auch auf gesellschaftlicher Ebene konkret vorangebracht, wie das Bildungssystem neu aufgebaut und gestärkt werden kann, wie Menschen- und Minderheitenrechte tatsächlich in den Köpfen der Menschen verankert werden können und manches mehr - dies wird im nächsten Jahr im Mittelpunkt der Summer School stehen. Eine gute Tradition entsteht, und schon bald wird auch ein Alumni-Treffen anzuberaumen sein.

Dr. Rafael Biermann, ZEI

AUS DER TASK FORCE SÜDOSTEUROPA

Tagung des Netzwerkes für Europastudien in Tirana

Auf Einladung des Zentrums für Europastudien der Universität Tirana fand vom 19. bis zum 21. Oktober eine weitere Tagung des „Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa“ statt. Sie widmete sich insbesondere dem Erfahrungsaustausch in Fragen der Curriculumentwicklung für die noch jungen Europastudiengänge in der Region. Dies klingt technisch-administrativ, ist jedoch überaus innovativ und zukunftsweisend: Es geht darum, potentielle künftige Führungskräfte aus der ganzen Region an die Europäische Union wie an das gewachsene Fundament europäischer Werte und Normen heranzuführen. Alle diese Länder haben eine sehr konkrete Perspektive in der Europäischen Union eröffnet bekommen, wenn auch mit einem noch ungewissen, sicherlich längerfristigen Zeithorizont. Doch die Vorbereitung auf die Mitgliedschaft hat schon heute begonnen. Albanien etwa, das demnächst die Verhandlungen mit der Europäischen Kommission über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen beginnt, braucht dringend Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit Expertise in allen Bereichen des *Acquis communautaire*, um sich auf eine künftige Mitgliedschaft vorbereiten zu können. Die Curriculum-Unterstützung dient dazu, diesen Prozess im Bereich der Ausbildung von Anfang an auf eine gute Schiene zu setzen.

Das seit nunmehr zwei Jahren existierende „Netzwerk für Europastudien in Südosteuropa“, das von Dr. Emil Mintchev vom ZEI aus organisiert wird und inzwischen fast vierzig Universitäten und Institute zusammenführt, strebt an, durch Wissenstransfer, institutionelle Aufbauhilfe und Ausbildungshilfe zum Aufbau neuer Europastudiengänge in der Region und zur Stärkung bereits vorhandener Studiengänge beizutragen. Derzeit nimmt die Zahl solcher interdisziplinärer Europastudiengänge rapide zu. In Rumänien entstehen über das PHARE-Programm allein sieben neue Zentren, in Bulgarien sind es fünf. Diesen jungen Programmen die Expertise bereits länger existierender Europastudiengänge in Westeuropa zugänglich zu machen, erscheint zwingend und sehr lohnend.

Auch an der Universität in Tirana hat in diesem Frühjahr ein M.A.-Studiengang „European Studies“ begonnen, aufgebaut mit Unterstützung der Universitäten von Granada, Löwen und Thessaloniki. Das beachtliche Curriculum, das an den Wochenenden gelehrt wird, um den Studenten eine Berufstätigkeit zu ermöglichen, stößt unter den Studenten selbst auf beachtliche Resonanz. Davon konnte sich das ZEI während der Netzwerk-Tagung in den Gesprächen mit Dozenten und Studenten überzeugen. Die Tagung diente mehreren Zwecken. Zum einen hat die Task Force ein Mustercurriculum vorgestellt, das als Grundlage zur Konzipierung oder Überarbeitung von Curricula in der Region dienen kann und in Kürze nach der Diskussion in Tirana mit Kursbeschreibungen und grundlegender Bibliographie veröffentlicht wird. Von „gewöhnlichen“ Curricula über Europastudien in Westeuropa unterscheidet es sich vor allem dadurch, dass es spezifisch auf die Bedürfnisse der Region zugeschnitten ist und einen starken Anteil an Kursen aufweist, die in besonderer Weise die Region mit den Euro-Atlantischen Institutionen verbinden (wie Stabilitätspakt, SAA, regionale Kooperation, EU-Konfliktmanagement in SOE etc.). Sprachstudien werden einen besonderen Stellenwert haben. Eine reine Kopie westeuropäischer Programme scheint hier kaum ausreichend.

Zum zweiten wurde auf der Tagung das Curriculum des entstehenden „Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Zentrums für Europastudien“ (BRIE) erörtert. Dieses Zentrum wird der erste Europastudiengang mit Lehrkräften und Studenten aus mehreren Ländern der Region sein und soll im Herbst 2002 den Betrieb aufnehmen. Im Auftrag der Hochschulrektorenkonferenz wird das ZEI maßgeblich bei der Erstellung des Curriculums, der Weiterbildung des Lehrpersonals und bei der Unterstützung des Programms durch Lehrkräfte von außen („fliegende Fakultät“) mithelfen, im Rahmen eines Konsortiums mit der TU Chemnitz und der Viadrina.

Drittens schließlich hat das Netzwerk seine wissenschaftliche und öffentlichkeitsorientierte Dimension verstärkt. In Tirana wurden am 20. Oktober Führungskräfte aus Politik und Medien zu einer Veranstaltung im Rahmen der Tagung eingeladen, die sich mit der euro-atlantischen Perspektive für den westlichen Balkan und speziell für Albanien befasste und vom Rektor der Universität Tirana, Professor Dr. Zdravko Spiro moderiert wurde. Professor Dr. Pascal Milo, der vormalige Außenminister und soeben neu ernannte Staatsminister für Europäische Integration Albaniens, sprach über die Vorbereitungen seines Landes für die Verhandlungen um das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (vgl. Auszug S. 3/4 des Monitors), Dr. Rafael Biermann über Stand und Perspektiven des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses der EU für den westlichen Balkan, Dr. Emil Mintchev über den westlichen Balkan im Rahmen der GASP und Klaus Büniger (StS a. D., Senior Fellow ZEI) über Kosten und Nutzen der EU-Mitgliedschaft. Professor Dr. Floresha Dado schließlich, Leiterin der Europastudien in Tirana, stellte ihr Programm vor.

Klaus Büniger blieb noch für einige Tage an der Universität in Tirana, um einen Intensivkurs zu Europafragen durchzuführen. Dr. Rafael Biermann kam zuvor von Podgorica, wo an der Universität derzeit unter Leitung von Professor Dr. Milan Popovic ein weiterer Europastudiengang entsteht. Zweck der Reise war nicht nur die Abhaltung des Intensivkurses für das künftige Lehrpersonal des Studienganges, sondern auch ausführliche Beratung bei der Erstellung des Curriculums, in enger Abstimmung mit Außenminister Lukovac, der persönlich ein starkes Interesse an diesem Projekt zeigt. Diesen Intensivkursen werden in den nächsten Monaten weitere folgen. Sie sind vom DAAD finanziert – ein Programm mit zehn Aufenthalten bis März 2002. Das ZEI versucht auf diese Weise im Rahmen seiner Möglichkeiten, einzelnen Partnern des Netzwerkes auch individuell Unterstützung beim Aufbau ihrer Studiengänge zukommen zu lassen.

Dr. Rafael Biermann, ZEI

Nächste Ausgabe: Montenegro vor dem Referendum



IMPRESSUM:

Herausgeber: Task Force Südosteuropa am ZEI
 Koordinator: Dr. Rafael Biermann
 Mitarbeiter: Dr. Emil Mintchev
 Dr. Maria Ivanova

ZENTRUM FÜR EUROPÄISCHE INTEGRATIONSFORSCHUNG
 CENTER FOR EUROPEAN INTEGRATION STUDIES
 RHEINISCHE FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT BONN

ZEI
 Walter-Flex-Str. 3
 D-53113 Bonn
 Fax: 0228 / 731894
 e-mail:
 soe.monitor@uni-bonn.de